

# Von der Leyen reanimiert Ein-Euro-Jobs

Geplante Kürzung überraschend gestrichen // Neue Hürde für Anbieter durch Pflicht zu Gütesiegel

Maike Rademaker, Berlin

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) rudert bei den geplanten Kürzungen der Ein-Euro-Jobs zurück. Das bisher im Gesetzentwurf geplante obere Limit von 150 Euro pro Arbeitslosen für den Träger ist gestrichen. „Die Jobcenter sollen künftig selbst entscheiden, wie viel der Träger erhält“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Union, Karl Schiewerling, am Donnerstag. Allerdings dürften damit nur „notwendige Trägeraufgaben“ wie unmittelbare Sach- und Personalkosten finanziert werden. Weitere Maßnahmen wie Qualifizierung müssten gesondert beantragt und finanziert werden.

Die Pauschale von 150 Euro hätte den Bereich, in dem zu Spitzenzeiten 300 000 Arbeitslose einer Beschäftigung wie Zäunestreichen oder Hilfe für Senioren nachgingen, ausgetrocknet. Dagegen hatten zahlreiche Träger aus Wohlfahrt und Kommunen protestiert. Mit dem neuen Spielraum dürften diese Träger, die mit den Zuschüssen Stellen für Betreuer und Maßnahmen finanzieren, aufatmen. Im Juli befanden sich 175 000 Menschen in Ein-Euro-Jobs.

Der Landkreistag begrünzte die neue Regelung. „Das ist erfreulich. Wenn allerdings für jede Qualifizierung gesonderte Anträge zu stellen sind, bedeutet das einen bürokratischen Irrsinn“, sagte Arbeitsmarktexperte Markus Keller.

Die Wirtschaftsverbände hatten die Pauschale dagegen befürwortet. Sie wiesen wiederholt darauf hin, dass durch die massenhaften Ein-Euro-Jobs reguläre Beschäftigung bedroht ist. „Für eine wirksame Begrenzung von

Ein-Euro-Jobs muss das Kriterium der Wettbewerbsneutralität eingefügt werden“, forderte am Donnerstag der Zentralverband des Deutschen Handwerks. Das solle verhindern, dass von Ein-Euro-Jobbern handwerkliche Tätigkeiten ausgeübt werden, wodurch den Betrieben vor Ort Aufträge entgingen, was reguläre Arbeit gefährde. „Finanzielle Vorgaben sind unverzichtbar, um die Träger öffentlich geförderter Beschäftigung zu einem sparsamen und tatsächlich wirkungsorientierten Mitteleinsatz zu bewegen.“

Statt der geplanten Kürzung droht den Trägern von Arbeitsförderungsangeboten, von denen es mehrere Tausend gibt, ein anderes Hindernis. Denn der Gesetzentwurf sieht vor, dass jeder Anbieter einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme und jede Maßnahme zertifiziert werden muss – von Schulen über Behindertenwerkstätten bis zu kleinen Ein-Euro-Job-Anbietern. Damit sollen die Träger gezwungen werden, qualitative Mindeststandards einzuhalten.

Dieser Vorschlag stößt aber auf Kritik. So sieht die Bundesagentur für Arbeit „keinen sachlichen Grund“, warum selbst Behindertenwerkstätten und andere etablierte Einrichtungen dabei sein müssen. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände monierte in ihrer Stellungnahme für die

parlamentarische Beratung, dass eine Zertifizierung nicht zwangsläufig zu Qualitätsverbesserungen führe. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung warnte vor dem bürokratischen Aufwand.

„Das muss letztlich der Beitrags- und Steuerzahler tragen“

MARKUS KELLER,  
Deutscher Landkreistag

Laut Schiewerling soll es ein nach Größe und Umfang der Maßnahme abgestuftes Verfahren geben. „Der Gesetzentwurf gibt das nicht her“, kritisierte dagegen Arbeitsmarktexperte Keller. „Das ist ein Aufwand, den letztlich der Beitragszahler oder Steuerzahler tragen muss.“

Der Bundesrat warnte, die neuen Vorgaben würden „vor allem kleinere, regional agierende Anbieter zusätzlich belasten“. So kostet laut Stephan Zimmermann, stellvertretender Geschäftsführer der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung in Limburg, einen Träger mit 80 Mitarbeitern die notwendige Dokumentation und Prüfung jedes Jahr 20 000 Euro.

Quelle:

FTD 02.09.2011